

Antrag 337/I/2025

SPD Frauen LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: AH Fraktion (Kein Konsens)

Das bisschen Haushalt ... Für eine soziale und feministische Haushaltspolitik im Land Berlin

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
2 hauses und die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-
3 liner Senats werden aufgefordert, sich bei den laufen-
4 den Gesprächen rund um die Pauschalen Minderausga-
5 ben(PMA) 2025 und bei den anstehenden Haushaltsbe-
6 ratungen für den Doppelhaushalt 2026/2027 einzuset-
7 zen, dass keine Kürzungen erfolgen, die die soziale In-
8 frastruktur des Landes Berlin betreffen. Die soziale Infa-
9 struktur des Landes Berlin, die durch die vielfältige Träger-
10 landschaft des Landes Berlin bislang sichergestellt wird,
11 hat die allerhöchste Systemrelevanz für unsere Stadt. Die
12 soziale Infrastruktur wird vor allem von Frauen getra-
13 gen. Und Frauen sind weit überwiegend Empfängerinnen
14 der sozialen Angebote. Kürzungen betreffen damit über-
15 durchschnittlich oft Frauen.
16
17 Sofern Kürzungen anzugehen sind, ist darauf zu achten,
18 dass die im Dialog mit der Trägerlandschaft im Land Ber-
19 lin erfolgt und dabei darauf geachtet wird, dass keine Kür-
20 zungen erfolgen, die ganze Projekte gefährden. Die Träger-
21 landschaft im Land Berlin hat mehrfach in den letzten Wo-
22 chen bzw. Monaten presseöffentlich mitgeteilt, dass sie
23 eine gewisse Einsparnotwendigkeit vor dem Hintergrund
24 der aktuellen Haushaltslage im Land Berlin nachvollzie-
25 hen kann und hier eine Dialogbereitschaft besteht. Kür-
26 zungen, die - wie aktuell erfolgt - ganze Bereiche der sozia-
27 len Infrastruktur im Land Berlin gefährden, sind auf jeden
28 Fall vollständig zu vermeiden.
29
30 Vor allem ist die kurzfristige Mitteilung von Kürzungen -
31 wie aktuell in Bezug auf die Debatte rund um den Ab-
32 bau der PMA im Zuwendungsbereich geschehen - nicht
33 hinnehmbar. Die Trägerlandschaft im Land Berlin benötigt
34 Planungssicherheit. Wir müssen unsere soziale Infrastruk-
35 tur langfristig finanziell absichern. Ein Abbau ist nicht
36 hinnehmbar. Deswegen müssen wir jetzt in soziale Infra-
37 struktur investieren.